

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Andrej Hunko, Dr. Sahra Wagenknecht, Ali Al-Dailami, Klaus Ernst, Christian Leye, Amira Mohamed Ali, Jessica Tatti, Alexander Ulrich, Zaklin Nastic und der Gruppe BSW

Nein zur Kriegstüchtigkeit – Ja zur Diplomatie und Abrüstung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die neue US-Administration von Präsident Donald Trump hat Friedensgespräche mit Russland und der Ukraine initiiert. Damit gibt es nach drei Jahren eine Chance auf ein Ende des Stellvertreterkrieges in der Ukraine. Ein Verhandlungsfrieden, der das sinnlose Sterben und die Zerstörungen endlich beendet, braucht internationale Unterstützung – auch von einer verantwortungsvoll agierenden Bundesregierung.

Überlegungen, den Stellvertreterkrieg gegen Russland gegebenenfalls auch ohne die USA fortzuführen und die Ukraine mit immer neuen Waffenlieferungen zum Weiterkämpfen zu ermutigen, sind sicherheitspolitisch verantwortungslos. Die Erklärung des BND-Präsidenten Bruno Kahl, der Krieg müsse weitergeführt werden und dürfe nicht vor 2029 enden, da Russland sonst seine Ressourcen schneller einsetzen könne, um eine Bedrohung für Europa aufzubauen, hat in der Ukraine zurecht Empörung ausgelöst und die Frage aufgeworfen, inwiefern das Leben Hunderttausender Ukrainer für diese Zielstellung weiter aufs Spiel zu setzen sei.

Als Rechtfertigung für die geplante massive Aufrüstung Deutschlands werden die veränderte Sicherheitssituation in Europa infolge des russischen Einmarschs in die Ukraine wie auch der Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump verbunden mit einer möglichen Überprüfung des weiteren US-Engagements in Europa herangezogen. Dies ist nicht plausibel. Die russische Armee hat in drei Jahren Krieg in der Ukraine nur wenige Gebiete erobern können. Die bisherigen Militärausgaben allein der europäischen NATO-Staaten summieren sich 2024 mit 482 Milliarden US-Dollar auf mehr als das Vierfache der Militärausgaben Russlands in Höhe von 109 Milliarden US-Dollar. Vor diesem Hintergrund lässt sich die grundgesetzliche Lösung der Schuldenbremse für Militärausgaben über 1 Prozent des BIP zur Steigerung der deutschen Militärausgaben von 90 auf 150 Milliarden (von 2 Prozent des BIP auf 3,5 Prozent des BIP auf dem nächsten NATO-Gipfel im Juni 2025 in Den Haag) jährlich nicht mit einer notwendigen Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands begründen. Ein Angriff Russlands auf die europäischen NATO-Staaten käme angesichts des Kräfteverhältnisses einem Selbstmordkommando gleich.

Ziel der gigantischen Steigerung der deutschen Militärausgaben ist offenbar, den Stellvertreterkrieg der NATO in der Ukraine ohne die USA weiterführen und Russland in

der Ukraine militärisch herausfordern zu wollen. Dabei wird durch eine Lieferung weitreichender Waffen wie des Taurus-Marschflugkörpers ein Kriegseintritt riskiert. Gleichzeitig werden damit Bemühungen, zu einem Frieden in der Ukraine zu kommen, torpediert. Deutschland droht, mit Kriegskrediten in einen Angriffskrieg geführt zu werden.

Verschärfend kommt hinzu, dass die geplante Aufrüstung, die Deutschland noch vor Russland, Frankreich und Großbritannien zum ausgabenstärksten Land in Europa machen würde, noch nicht einmal mit einem Dialogangebot an Russland zur gemeinsamen Abrüstung verbunden ist. Damit verstärkt sich der Eindruck, dass das Interesse ausschließlich der eigenen Aufrüstung gilt, nicht der Sicherheit der Bevölkerung hier.

Die USA haben sich entschieden, die Beziehungen zu Russland zu normalisieren und auf einen Frieden in der Ukraine zu drängen. Entscheidend für diese diplomatische Kehrtwende sind offenbar Überlegungen der neuen US-Administration, sich stärker auf eine Auseinandersetzung mit China zu konzentrieren und zugleich auf eine koloniale Ausbeutung der Ukraine durch die Aneignung der Rohstoffe des Landes zu zielen. Die von Washington eingeforderte Aufrüstung der EU und insbesondere Deutschlands soll parallel als Entlastung der eigenen Kräfte und Umorientierung genutzt werden. Die Aufrüstung Deutschlands und Europas soll insbesondere auch größere Nachfrage für die US-amerikanische Rüstungsindustrie bringen und zugleich eine europäisch-russische Entspannung verhindern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. durch Schließung der Fähigkeitslücken im Auswärtigen Amt Diplomatie wieder ins Zentrum der deutschen Außenpolitik zu rücken und eine Politik der Entspannung, gemeinsamen Sicherheit in Europa und Abrüstung in der Tradition des Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt zu verfolgen, statt Hunderte Milliarden Euro für die Aufrüstung zu verpulvern und Deutschland zur ausgabenstärksten Militärmacht in Europa zu machen;
2. in der Tradition des Friedensnobelpreisträgers Carl von Ossietzky, der sich in der Weimarer Republik gegen eine Politik der Hochrüstung wandte im Bewusstsein, dass am Ende der neuen Aufrüstung ein deutscher Krieg im Osten drohen würde, in der EU auf eine Friedensinitiative zur Beendigung des Stellvertreterkrieges in der Ukraine zu orientieren;
3. den von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgelegten „Plan zur Wiederaufrüstung Europas“, der eine Lockerung der Schuldenregeln sowie Anreize zur Steigerung der Verteidigungsausgaben auf bis zu 800 Milliarden Euro beinhaltet, zurückzuweisen, wie es bereits die Regierungen Ungarns und der Slowakei getan haben im Bewusstsein, mit den unmittelbaren Nachbarn besser in Frieden zu leben sowie ihre Sichtweisen und Bedürfnisse zu akzeptieren, statt den geopolitischen Interessen der Vereinigten Staaten zu folgen;
4. jedwede Friedensbemühungen für eine Beendigung des Ukraine-Krieges zu unterstützen und Russland ein Gesprächsangebot über gemeinsame Abrüstungsanstrengungen zu unterbreiten, dies auch mit Blick auf eine Senkung der eigenen Militärausgaben und eine mögliche Beendigung der selbstschädigenden Wirtschaftssanktionen;
5. Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen;
6. gute Beziehungen zu allen Großmächten anzustreben, insbesondere da sich Deutschland als europäische Mittelmacht eine Politik der militärischen Herausforderung von Atommächten weder sicherheitspolitisch noch wirtschaftspolitisch leisten kann;

7. allen Plänen, Deutschland atomar bewaffnen zu wollen, eine Absage zu erteilen, zumal diese eine eklatante Verletzung des Zwei-plus-Vier-Vertrages bedeuteten und eine Einigung unseres Landes gefährdeten.

Berlin, den 12. März 2025

Dr. Sahra Wagenknecht und Gruppe

